



## I N H A L T

### INFORMATION

#### Präsident Reagans neuer Sicherheitsberater

- Ein Kurzporträt von Frank Carlucci -

### DOKUMENTATION

#### Weiterhin feste Haltung der Vereinigten Staaten gegen Terrorismus

- Shultz-Aussage vor Auswärtigem Ausschuß -

#### Wise rügt sowjetische Beschränkungen für die Presse

- Erklärung zum Austausch von Informationen -

### WISSENSCHAFT UND TECHNIK

#### Ozonschicht - Schutzschild für das Leben

- US<sup>a</sup> dringen auf weltweite Vorsorgemaßnahmen - Emission schädlicher Stoffe soll verringert werden -

\* \* \* \* \*



### PRÄSIDENT REAGANS NEUER SICHERHEITSBERATER

- Ein Kurzporträt von Frank Carlucci -

WASHINGTON - (AD) - Der neue Sicherheitsberater des Präsidenten, Frank Carlucci, wurde 1930 in Scranton, Pennsylvania, geboren. Nach dem Besuch der Wyoming Seminary College Preparatory School in Kingston, Pennsylvania, ging er zur Universität Princeton, wo er im Jahr 1952 den Grad eines Bachelor in Business Administration erwarb.

Nach dem Dienst als Geschützoftizier bei der Marine führte er im Jahr 1956 weiterführende Studien im Fach Business Administration and der Uni-

versität Harvard durch.

Nach seinem Eintritt in den auswärtigen Dienst der Vereinigten Staaten im Jahr 1956 diente er bis 1969 in verschiedenen Funktionen in Johannesburg, Südafrika, in Zaire (damals noch Demokratische Republik Kongo), Tansania, Rio de Janeiro sowie in der Washingtoner Zentrale.

Während seiner diplomatischen Laufbahn wurde er mit der Superior Service Award ausgezeichnet - der höchsten Auszeichnung des auswärtigen

Dienstes.

Auf Initiative des damaligen Direktors des Büros für wirtschaftliche Chancengleichheit (OEO), Donald Rumsfeld, beschäftigte sich Carlucci mit dem Kampf gegen die Armut. In den Jahren 1969 und 1970 wurde er Carluccis Nachfolger als Direktor des OEO.

1971 wurde Carlucci von Präsident Nixon zum stellvertretenden Direktor des Amtes für Haushaltsplanung berufen. Von 1972 bis 1974 war er Unterstaatssekretär für Gesundheit, Bildung und Sozialwesen.

Von 1975 bis 1978 vertrat Carlucci die Vereinigten Staaten als Botschafter in Portugal. Im Jahr 1978 wurde er zum stellvertretenden Direktor der Central Intelligence Agency ernannt. Er übte diese Funktion bis zum Jahr 1981 aus, als er nach der Wahl Reagans zum stellvertretenden Verteidigungsminister unter Caspar Weinberger berufen wurde.

Im Jahr 1983 wechselte er in die Privatwirtschaft über und wurde Präsident von Sears World Trade Inc.

Im vergangenen Sommer wurde er von Präsident Reagan als Mitglied in den Beraterausschuß der amerikanischen Rüstungskontrollbehörde berufen und als Vorsitzender dieses Gremiums designiert.

\* \* \* \* \*



### WEITERHIN FESTE HALTUNG DER VEREINIGTEN STAATEN GEGEN TERRORISMUS

- Shultz-Aussage vor Auswärtigem Ausschub -

WASHINGTON - (AD) - In seiner Aussage vor dem Auswärtigen Ausschub des Repräsentantenhauses hat Außenminister Shultz am 8. Dezember 1986 erklärt, daß Präsident Reagan in bezug auf die Waffenverkäufe an den Iran "klargemacht hat, daß es weder seine Absicht noch seine Politik war, Waffen gegen Geiseln auszutauschen oder unsere Haltung gegen den Terrorismus zu konterkarieren". Jeglicher Terrorismus, gleich ob gegen Amerikaner oder andere gerichtet, sei unannehmbar und müsse beseitigt werden.

Die Aussage des Außenministers hat folgenden Wortlaut:

Herr Vorsitzender, dies ist das erste Mal in zehnjähriger Tätigkeit als Kabinettsmitglied, daß ich gebeten worden bin, einen Eid vor dem Kongreß zu schwören.

Ich tue dies guten Mutes, in voller Anerkennung Ihrer Autorität, einen Eid zu verlangen und Ihrer Pflicht, sicherzustellen, daß die Aufzeichnungen dieses Verfahrens so umfassend und wahrheitsgetreu wie möglich sind. Jeden Tag werden von Amerikanern Eide abgelegt. Ich betrachte diesen Akt als Erfüllung mei-

ner Pflicht als Staatsbürger, unsere Gesetze und Institutionen zu respektieren.

Ich möchte Ihnen allerdings sagen, daß ich, als ich meinen Eid als Außenminister ablegte, geschworen habe, "die Verfassung der Vereinigten Staaten zu unterstützen und zu verteidigen". Ich habe jenes feierliche Versprechen immer so verstanden, daß es mir als Außenminister die ständige Pflicht auferlegt, dem Präsidenten, dem Kongreß, den Gerichten und, was das Wichtigste ist, dem amerikan-

ischen Volk gegenüber immer die Wahrheit zu sagen. Zusätzlich zu meiner Eigenschaft als Staatsbürger bin ich gegenwärtig ein Staatsdiener. Wenn ein Staatsbürger nicht bereit ist, die Wahrheit zu sagen, hat er, ob mit oder ohne Eid, im Staatsdienst nichts zu suchen. Dies ist eine ganz einfache Tatsache.

Herr Vorsitzender, die von Ihnen veranstalteten Anhörungen finden zu einem entscheidenden Zeitpunkt für die Nation statt. Der Präsident hat erkannt, daß in der Ausführung unserer Außenpolitik durch die Art und Weise, in der einige Personen unsere Bemühungen zur Schaffung besserer Kontakte zum Iran umgesetzt haben und durch die Umleitung von Geldern aus Waffenverkäufen an den demokratischen Widerstand Nicaraguas ernste Probleme geschaffen wurden. Er hat bei der Korrektur etwa bestehender Probleme die Führung übernommen.

- Der Präsident hat Frank Carlucci, einen respektierten Außenpolitiker mit außergewöhnlich breitgefächelter Erfahrung und von höchster Integrität, ernannt, um den Nationalen Sicherheitsrat mit neuem Leben zu erfüllen und zu führen.
- Er hat ein aus erfahrenen Politikern bestehendes spezielles Untersuchungskomitee eingesetzt, das von dem ehrenwerten John Tower geleitet wird, um die Rolle des Nationalen Sicherheitsrates und die Funktionsweise seines Mitarbeiterstabes zu überprüfen.
- Er hat die Berufung eines unabhängigen Sonderanwalts empfohlen, um die Möglichkeit von Vergehen in bezug auf das Iran-Projekt zu untersuchen.

- Er hat eine einheitliche Haltung des Kongresses im Hinblick auf dessen Überwachungsfunktion bei diesen Angelegenheiten begrüßt und hat seine volle Kooperation bei diesen Untersuchungen zugesagt.

- Er hat mich beauftragt, eine behördenübergreifende Studie unserer Beziehungen mit dem Iran durchzuführen. Unter der erfahrenen Leitung von Unterstaatssekretär Armacost ist dieser Prozeß gegenwärtig im Gange.

- Und er hat seine Kabinettsmitglieder angewiesen, dem Kongreß und dem amerikanischen Volk alles mitzuteilen, was sie über diese jüngste Initiative gegenüber dem Iran wissen - und deshalb bin ich ja heute mehr bei Ihnen.

Herr Vorsitzender, wie Sie wissen, bin ich bereit, Ihnen alles mitzuteilen, was ich zu jenem Zeitpunkt über unsere Waffenverkäufe an den Iran wußte. Der Präsident hat die Freigabe dieser Informationen an den Kongreß gebilligt. Es steht mir jedoch nicht frei, die Gesetze der Vereinigten Staaten zu verletzen. Vieles von dem, was ich zu jenem Zeitpunkt wußte, unterliegt noch der Geheimhaltung. Ich bin mir bewußt, daß einiges davon an die Öffentlichkeit gelangt ist. Dies gestattet es mir jedoch nicht, einige Dinge, die bis heute ohne behördliche Genehmigung veröffentlicht wurden, als Tatsachen zu bestätigen. Und, obwohl dies schwer zu glauben sein mag, ist einiges von dem, was ich Ihnen mitzuteilen bereit bin, der Öffentlichkeit noch nicht bekannt. Zusätzlich zu dem Problem nicht-offener Materials könnte es schließlich, wenn ich in der öffentlichen Anhörung alles preisgebe, was ich weiß, zu einer

Kollision mit strafrechtlichen Ermittlungen kommen, würden nachrichtendienstliche Quellen und Methoden bloßgestellt und privilegierte Kommunikationswege aufgedeckt.

All dies bereitet mir großes Unbehagen. Ich habe geschworen, Ihnen die volle Wahrheit zu sagen und bin bereit, dies auf eine Art und Weise zu tun, die mit meiner rechtlichen und ethischen Verantwortung im Einklang steht. Dies kann am besten in einer geschlossenen Sitzung geschehen, in der all meine Verpflichtungen getreulich erfüllt werden können. Ich möchte nun allen Zweifeln an meiner Bereitschaft ein Ende machen, auf Fragen über mein früheres Wissen und frühere Handlungen zu antworten. Ich habe bereits alle mir zugänglichen Informationen dem FBI mitgeteilt. Ich bin vom Justizministerium befragt worden. In dieser offenen Sitzung bin ich bereit, alles Material vorzubringen, das ich angemessenerweise vorbringen kann. Und zu jedem von Ihnen bestimmten angemessenen Zeitpunkt bin ich bereit, in einer nicht-öffentlichen Sitzung eine Erklärung abzugeben und auf Fragen zu antworten und dabei geheime Details meiner Kenntnisse und Handlungen zu enthüllen.

Nachdem ich dies gesagt habe, Herr Vorsitzender, möchte ich Ihnen mitteilen, daß Sie nach meiner vollen Überzeugung richtig gehandelt haben, als Sie für den Anfang eine offene Sitzung anberaumt und erklärt haben, daß gerade diese Sitzung den Blick in die Zukunft richten sollte. Ich unterstütze dieses Ziel von Herzen. Wir bräuchten diesen Blick nach vorn sehr. Und ich werde das in meiner Aussage auch tun.

Ich möchte mit einem Blick auf unsere zukünftigen Beziehungen zu den

Staaten am Persischen Golf beginnen. Dieses Thema ist von entscheidender Bedeutung für unser Land und verdient sicherlich die knappe Zeit, die uns heute morgen zur Verfügung steht. Erlauben Sie mir also, mich diesem Thema zuzuwenden. Ich hoffe, daß genug Zeit für Ihre Kommentare und Fragen bleibt.

#### Die Bedeutung des Iran und des Persischen Golfs

Der Persische Golf ist wichtig für die Vereinigten Staaten - und dies trifft auch für die meisten unserer wichtigsten Freunde und Verbündeten zu. Ein Viertel des Öls der freien Welt fließt durch diese Region und ein sogar noch höherer Prozentsatz hält die Volkswirtschaften unserer Verbündeten in Europa und Japans aufrecht. Es ist lebenswichtig, daß der Westen den Zugang zu diesem Öl behält. Die Region ist ein strategischer Brennpunkt - ein Punkt, an dem die Sowjetunion seit langem versucht, ihre Präsenz und Kontrolle auszudehnen. Wir haben ein bedeutendes Interesse daran, ihnen eine solche Ausdehnung zu verweigern. Wir haben wichtige politische Interessen in bezug auf einzelne Golfstaaten - und dieses Interesse gilt sowohl den einzelnen Staaten selbst, als auch ihrem Einfluß auf Ereignisse im Mittleren Osten, in Afghanistan oder anderen Bereichen.

Deshalb möchten wir, daß die Staaten am Golf Frieden und politische Stabilität ohne Bedrohung durch sowjetische Einschüchterung, äußere Aggression oder innere Subversion genießen. Wir möchten produktive Beziehungen mit den Staaten dieser Region aufrechterhalten, und dies auch, um sicherzustellen, daß der Ölzufluß in den Westen ohne Unterbrechung an-

dauern kann.

Aber unsere strategischen, wirtschaftlichen und politischen Interessen am Golf waren und werden weiterhin von verschiedenen Seiten bedroht - durch Krieg und politische Instabilität in der Region, durch die brutale Besetzung Afghanistans durch die Sowjets und deren hartnäckige Bemühungen, ihren Einfluß auszubauen sowie durch den Terrorismus. Und der Iran ist bei all diesen Fragen ein besonders wichtiges Element geworden.

Der Krieg zwischen Iran und Irak, der sich jetzt schon im siebten Jahr befindet, zeigt nur allzu deutlich, wie das Andauern eines regionalen Konflikts und von Instabilität nicht nur unsere Interessen bedrohen kann, sondern auch diejenigen von vielen mit uns befreundeten Staaten.

Und aus diesem Grund haben sich die Vereinigten Staaten immer wieder um ein frühes Ende dieses Konflikts bemüht - und dies zu Bedingungen, die die territoriale Integrität und Unabhängigkeit beider kriegführenden Parteien garantieren.

Wenn wir uns der Drohung eines eskalierenden Terrorismus stellen wollen, so müssen wir uns auch mit dem Problem Iran beschäftigen. Die gegenwärtige iranische Regierung ist noch immer der Überzeugung, daß Terrorismus ein legitimes Instrument der Außenpolitik ist. Sie war stets bereit, dieses Instrument einzusetzen, wann und wo immer es ihren Bedürfnissen entgegenkam. Es liegt in unserem Interesse, dem ein Ende zu bereiten.

Wie der Präsident sagte, genehmigte er den Transfer einiger Waffen nach Iran, um damit ein Signal zu geben, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, die Feindseligkeiten zwi-

schen uns durch eine neue Beziehung zu ersetzen. Dieses Signal ist gegeben worden. Die Vereinigten Staaten werden keine weiteren Waffen in den Iran liefern, und wir werden unseren ganzen Einfluß darauf verwenden, daß es auch nicht zu Waffenverkäufen durch andere kommt. Grund hierfür ist die Tatsache, daß gerade der Iran sich immer wieder gegen eine Beendigung des Golfkrieges stellt und daß es die iranische Fähigkeit zur Fortsetzung dieses Krieges ist, mit der wir uns beschäftigen müssen. Der Iran kann auf keine besseren Beziehungen zu uns hoffen, solange er keine Schritte zur Beendigung des Krieges unternimmt, seine Unterstützung des Terrorismus einstellt und seinen Einfluß für eine Freilassung bei jenen geltend macht, die unsere Geiseln festhalten.

Unsere Beziehungen zum Iran sind durch ein strategisches Dilemma gekennzeichnet. Wir haben eine "nördliche" Sorge - den Iran von sowjetischem Einfluß fernzuhalten - und eine "südliche" Sorge - den Iran davon abzuhalten, seine Nachbarn am Golf zu dominieren. Da der Iran zwar weiterhin sowjetischem Einfluß widersteht, aber den Golf bedroht, muß unsere kurzfristige Priorität die sein, den arabischen Golfstaaten unsere Unterstützung zuzusichern und fest zu unserer Antiterrorismus- und Waffenembargopolitik zu stehen. Daneben müssen wir alternative Kanäle benutzen, um den iranischen Widerstand gegen sowjetischen Einfluß zu stärken und auf gemeinsame Interessen wie etwa Afghanistan hinzuweisen. Desgleichen beeinflußt Stabilität am Golf unsere Anstrengungen, zu sinnvoller Bewegung bei einem Friedensprozeß zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn zu ermutigen.

Deshalb haben wir ein legitimes

Interesse an besseren Beziehungen zum Iran, und der Präsident entschied im vergangenen Jahr, daß wir auf Signale bestimmter Gruppen im Iran reagieren sollten, um herauszufinden, ob die iranische Führung bereit sei, ihre Politik in eine positivere Richtung zu steuern. Vergangenen Samstag verwies der Präsident erneut auf diese Zielsetzung, "den Krieg im Mittleren Osten zu beenden, einen sowjetischen Expansionismus zu verhindern, den Terrorismus zu stoppen und zu einer Freilassung der amerikanischen Geiseln beizutragen."

Herr Vorsitzender, ich unterstütze mit Nachdruck jede einzelne dieser Zielsetzungen. Ich bin sicher, daß Sie und dieser Ausschuß sie gleichermaßen unterstützen.

Die Probleme, die sich durch die jüngsten Ereignisse ergaben, wurden nicht durch diese Zielsetzungen hervorgerufen, sondern durch die Art und Weise, wie sie in diesem einen Fall und durch bestimmte nichtautorisierte Handlungen von Beamten realisiert wurden, auf die sich der Präsident bei der Verwirklichung seiner Politik verlassen hatte. Tatsachen, die enthüllt wurden, haben deutlich gemacht, daß, wie der Präsident zurecht erklärte, "die Durchführung dieser Politik mangelhaft war und Fehler begangen wurden."

Die Politik, dies hat der Präsident noch einmal bekräftigt, ist seine eigene. Er hat deutlich gemacht, daß es weder seine Absicht, noch seine Politik war, Waffen gegen Geiseln auszutauschen oder unsere Haltung gegen den Terrorismus zu konterkarieren.

Ich unterstütze ihn und seine Politik mit Nachdruck. Als Nation müssen wir uns auch weiterhin gegen den Terrorismus in all seinen Formen

stellen. Aller Terrorismus, gleich ob gegen Amerikaner oder andere gerichtet, ist unannehmbar und muß beseitigt werden. Dieser Grundsatz steht im Mittelpunkt unserer Bemühungen, zu einer breiteren internationalen Zusammenarbeit gegen staatlich unterstützten Terrorismus zu ermutigen.

Deshalb müssen wir auch weiterhin unsere Stimme erheben und Schritte gegen alle Akte des Terrorismus unternehmen.

Und wie sehr wir auch die Angst der betroffenen Familien teilen, so müssen wir uns doch gegen Konzessionen oder Zahlung von Lösegeldern für eine Freilassung der Geiseln stellen. Andernfalls würden wir nur zu weiteren Geiselnahmen ermutigen und in den Augen der Geiselnahmer den Tauschwert jener noch heraufsetzen, die bereits gefangengehalten werden. Außerdem müssen wir auch unsere Bemühungen mit Freunden und Verbündeten in den Bereichen Nachrichtenaustausch und Sicherheitsmaßnahmen intensivieren, um den Terrorismus und die damit verbundene Gewalt zu vereiteln und die Staaten zu isolieren, die den Terrorismus finanzieren und unterstützen.

Was den Iran anbelangt, so hat der Präsident gesagt: "Die iranische Revolution ist eine geschichtliche Tatsache; aber zwischen den grundlegenden nationalen Interessen der Vereinigten Staaten und des Iran muß es keinen permanenten Konflikt geben." Er hat auch wiederholt betont, daß es nicht seine Absicht war, Geschäfte mit dem Khomeini-Regime zu machen, solange dessen Politik Frieden und Stabilität der Region bedroht. Auch hier bin ich ganz seiner Meinung.

Wir müssen auch weiterhin zur Beendigung der regionalen Feindselig-



keiten und zu friedlichen Beziehungen zwischen allen Golfstaaten ermutigen. Wir wollen eine Verhandlungslösung des Krieges zwischen dem Iran und dem Irak, der die Souveränität und territoriale Integrität aller Staaten dieser Region respektiert. Durch unser Bemühen um Stabilität der Golfregion werden wir auch weiterhin die gemeinsamen Bestrebungen gemäßiger und befreundeter Staaten der Region unterstützen, damit deren eigene Sicherheit und Stabilität gewährleistet werden. Wir werden uns sowjetischem Vordringen in der Region widersetzen und weiterhin ein baldiges Ende der Besetzung Afghanistans anstreben.

Schließlich müssen wir die jüngsten Ereignisse in ihre angemessene historische Perspektive bringen. Der Präsident ist jetzt sechs Jahre lang in seinem Amt. Als er es übernahm, war die Nation weder so sicher, noch so zuversichtlich, wie sie hätte sein sollen.

Wo stehen wir nach sechs Jahren der Führung durch Präsident Reagan in der Außenpolitik?

In Zusammenarbeit mit dem Kongreß und mit der breiten Unterstützung des amerikanischen Volkes hat uns die Politik von Präsident Reagan an die Schwelle einer neuen und bemerkenswert anderen Welt gebracht - eine Welt, in der Amerikas Interessen, Amerikas Stolz und Amerikas Ideale gedeihen.

Wie sieht diese andere Welt aus? Warum gibt es Grund für neuerliche Zuversicht und Hoffnung auf die Zukunft?

#### Weil

- wir jetzt, zum ersten Mal, eine

Welt erkennen können, in der die unaufhörliche und überall herrschende Angst vor nuklearer Zerstörung geringer geworden ist. Die Drohung eines nuklearen Konflikts kann nie gänzlich gebannt werden, aber sie kann durch sorgfältige und drastische Verringerungen der offensiven Nukleararsenale sowie durch die Schaffung einer Verteidigungsmöglichkeit gegen sie ganz erheblich abgebaut werden. Und genau solche Verringerungen - nicht Begrenzungen bei noch stärkerer Ausweitung, sondern Verringerungen - und genau eine solche Verteidigung sind die Vision, die Präsident Reagan zu einer Realität machen will;

- vor nur ein paar Jahren noch die Demokratien der Welt den Eindruck hatten, eine umkämpfte, schrumpfende Handvoll von Nationen zu sein. Heute können die Menschen, die sich gegen die unterdrückerischen Regime von links und rechts wehren, die Demokratie als vitale Kraft der Zukunft erkennen. Kraftvolle und doch gewaltlose Bewegungen in Richtung auf offene Gesellschaften waren erfolgreich. Das Versagen geschlossener und staatlich gelenkter Volkswirtschaften wird mit jedem Tag deutlicher. Ein neuer Wind des Wandels weht;

- Völker, die jetzt bereit sind, sich für die Freiheit einzusetzen und die keine andere Wahl haben, als für ihre Rechte zu kämpfen, nun wissen, daß der Vormarsch des Kommunismus nicht unabwendbar ist. Präsident Reagan ist ein Freiheitskämpfer - und die Welt weiß es. Und ich stehe zu Ronald Reagan.

Eine starke Verteidigung, solide

Bündnisse und Unterstützung für die wirtschaftliche und politische Entwicklung von Völkern überall - dafür steht Präsident Reagan. Seine Politik ist nicht die Politik einer Partei. Es ist die Politik des ganzen amerikanischen Volkes. Sie ist die einzig richtige Politik, wenn unser Land auch weiterhin das beste und größte auf Erden wie auch die Hoffnung der ganzen Menschheit bleiben soll. Zeigen wir die Stärke unserer freien Institutionen durch die umfassende Untersuchung aller Einzelheiten dieser Iran-Episode. Laßt uns dadurch zusammenstehen, zusammengehen und das Land auch weiter voranbringen, um uns den Gefahren und Möglichkeiten dieses Augenblicks zu stellen.

\* \* \* \* \*



### WISE RÜGT SOWJETISCHE BESCHRÄNKUNGEN FÜR DIE PRESSE

- Erklärung zum Austausch von Informationen -

WIEN - (AD) - Nach Angaben des stellvertretenden Leiters der amerikanischen Delegation bei der Wiener KSZE-Folgekonferenz, Samuel Wise, sind die Arbeitsbedingungen für westliche Journalisten in der Sowjetunion und den anderen Staaten Osteuropas weiterhin mangelhaft. In einer Erklärung vor einer KSZE-Arbeitsgruppe am 5. Dezember 1986 rügte Wise die Sowjets wegen dieser Verletzung der Schlußakte von Helsinki.

Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Ich möchte heute zu Ihnen über die Arbeitsbedingungen für Journalisten, Zugang zu Medien und kooperativen Austausch sprechen. All dies sind Bereiche des Informationsaustauschs, in denen trotz der von uns allen in Helsinki und Madrid eingegangenen Verpflichtungen noch viele Mängel herrschen.

Was die Journalisten angeht, ist die Lage am schlechtesten in der Sowjetunion, wo die Schikanen seit Madrid sogar noch zugenommen haben. Die sowjetischen Behörden wenden eine

Vielzahl von Techniken an, um ausländische Journalisten einzuschüchtern. Erstens arbeiten fast alle ausländischen Journalisten in streng bewachten Quartieren für Ausländer, die ihnen von der Regierung zugewiesen werden. Viele werden ins Außenministerium zitiert, wo sie für Berichte verwarnt werden, die von den Sowjets nicht gebilligt werden. Journalisten, die versuchen, mit nichtstaatlichen Stellen in Kontakt zu kommen oder über Ereignisse zu berichten, die den Behörden unangenehm sind, wurde von Milizionären der zu-

gang verwehrt oder sind Befragungen, Verhaftungen oder Schlimmerem ausgesetzt gewesen.

Einzelne Korrespondenten wurden mit Strafverfolgung und Gefängnisstrafen aufgrund erfundener Beschuldigungen bedroht, auf der Straße angepöbelt, Opfer von primitiven Akten des Vandalismus, die klar von den Behörden inszeniert waren, wurden scharf in der Presse wegen tendenziöser Berichterstattung angegriffen oder zum Ziel von Fallen ausgewählt. Mit einem Wort, sie werden enorm unter Druck gesetzt, um sich dem Gesetz und den Zwängen zu beugen, die von den Behörden geschaffen werden, damit sie ihren Posten aufgeben und nach Hause zurückkehren.

Zwei amerikanische Korrespondenten, denen eine solche Behandlung zuteil wurde, Andrew Nagorski von Newsweek und Anne Garrels von der American Broadcasting Corporation, waren hier in Wien, um über den Beginn unserer Konferenz zu berichten. Im August 1982, während des Madrider Treffens, wurde Nagorski aus der Sowjetunion ausgewiesen, weil seine Berichterstattung nicht nach dem Geschmack der sowjetischen Behörden war. Später beschrieb Nagorski das Umfeld, in dem ausländische Korrespondenten in der UdSSR leben müssen, als psychologische Kriegführung.

Anne Garrels, die von 1979 bis 1982 in Moskau arbeitete, beschrieb ihre "psychologischen Qualen", denen sie ausgesetzt war, als man gegen sie wegen Totschlages ermittelte, nachdem sie mit dem Auto einen Fußgänger überfahren hatte. In einem Artikel für die New York Times mit der Überschrift "Ich war ein Opfer" schrieb Garrels: "Schließlich wurde ich von jedem Verbrechen entlastet und bald darauf ausgewiesen. In der Zwischen-

zeit jedoch befand ich mich mitten in einer politischen Wildnis ohne Gesetze, das Opfer von Hinweisen und versteckten Andeutungen.... Der Druck in Moskau wurde durch Warnungen in Washington noch verstärkt, wo sowjetische Diplomaten drohten, die Zukunft des ABC-Studios in Moskau sei gefährdet, wenn ABC mich nicht zurückbeordere. Ganz einfache Erpressung."

Ein weiterer Fall, der einen amerikanischen Journalisten betraf, ereignete sich in Zusammenhang mit dem 10. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte in Helsinki. Der Reporter des Christian Science Monitor, Gary Thatcher, wurde von Grenzbeamten in Leningrad mehrere Stunden lang festgehalten, als er sich auf dem Rückweg zu seinem Moskauer Posten befand, nachdem er über das Treffen aus Anlaß des Jahrestags berichtet hatte. Seine Aufzeichnungen und andere Materialien, einschließlich einer Kopie der Schlußakte, wurden beschlagnahmt. Schließlich hatten wir kürzlich den Fall Nicholas Daniloff, dessen Behandlung durch die sowjetischen Behörden nur das letzte Beispiel der sowjetischen Nichtbeachtung ihrer in Helsinki eingegangenen Versprechungen in bezug auf Journalisten darstellt.

Bevor ich dieses Thema verlasse, möchte ich noch erklären, daß meine Delegation mit Interesse den Versuch des ehrenwerten sowjetischen Vertreters vom Mittwoch zur Kenntnis genommen hat, die sowjetische Behandlung ausländischer Journalisten zu verteidigen. Er teilte uns mit, die sowjetischen Behörden hätten es dem aus 400 Mitgliedern bestehenden Corps der ausländischen Journalisten im vergangenen Jahr gestattet, 857 Einzelreisen in der Sowjetunion zu unternehmen. Als unser britischer Kollege darauf hinwies, daß dies nicht sehr viele Reisen seien, versuchte er sich

darauf zurückzuziehen, daß nur für gewisse Reisen eine Erlaubnis notwendig sei.

Nun, der ehrenwerte sowjetische Vertreter hat ganz recht. Eine Erlaubnis wird nur für gewisse Reisen in der Sowjetunion benötigt. Dies sind Reisen außerhalb eines 25-Meilen-Radius um den Kreml. Wenn ein Journalist diesen 25-Meilen-Radius verlassen möchte, muß er den zuständigen sowjetischen Behörden eine Anfrage unterbreiten. Wenn wir unserem sowjetischen Kollegen glauben sollen, dann wurden voriges Jahr nur 857 solcher Reisen gestattet, was nur etwas über zwei Reisen pro Journalist bedeutet. Dies ist für uns ein Beweis der restriktiven sowjetischen Politik in bezug auf Journalisten, die mit der Schlußakte unvereinbar ist.

Ich sollte darauf hinweisen, daß auch meine Regierung sowjetischen Journalisten Reisebeschränkungen auferlegt. Diese Reisekontrollen wurden aus einem einzigen Grunde und nur aus diesem Grund eingeführt. Sie waren eine Reaktion auf sowjetische Handlungen. Die sowjetischen Behörden führten solche Kontrollen ein und wir haben uns dafür revanchiert.

Nur noch ein Wort zu den Bemerkungen unseres sowjetischen Kollegen vom Mittwoch. Lassen Sie mich dem ehrenwerten sowjetischen Vertreter versichern, daß westliche Journalisten, anstatt in organisierten Gruppenbesuchen zusammengefaßt, mehr als glücklich wären, die Rechnung für Einzelreisen in das sowjetische Hinterland zu bezahlen. Dies würde ein kleiner Preis für etwas sein, was sie heute definitiv nicht besitzen - echten Zugang zur Sowjetunion und ihrer Bevölkerung.

Nachdem ich einige schwerwiegende

Punkte in diesem Bereich erwähnt habe, möchte ich nun auf einige hoffnungsvolle Schritte beim Medienzugang und kooperativen Austausch zu sprechen kommen.

Das Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über Kontakte, Austausch und Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft, Technik, Bildung, Kultur und anderen, das 1985 im Rahmen des Genfer Gipfels unterzeichnet wurde, bezog sich speziell auf die Schlußakte und beinhaltete Verpflichtungen in bezug auf Information in Bild und Ton, gedruckte Informationen sowie verlegerische und kooperative Bemühungen wie etwa Austausch und Treffen von Journalisten, Herausgebern und Verlegern. Seit 1982 haben es die Fortschritte in der Kommunikationstechnik Teilnehmern in Ost und West ermöglicht, sich an Live-Diskussionen über Satellit zu beteiligen. Unlängst haben sich selbst sowjetische Beamte der sowjetischen und ausländischen Presse zugänglicher gezeigt, indem sie über frühere Tabu-Themen in einer Weise gesprochen haben, wie man sich das noch vor ein paar Jahren nicht vorstellen konnte.

Beiderseitige Fortschritte im Bereich der Information waren auch die in den letzten Jahren unternommenen Initiativen im Privatsektor. Zum Beispiel haben sich die New England Society of Newspaper Editors und die American Society of Newspaper Editors an gegenseitigen Austauschprogrammen mit sowjetischen Medienvertretern beteiligt. Das Chatauqua-Treffen von Jurmala in Lettland im vergangenen September, das als "eine Reise in offener Diplomatie" firmierte, war das erste Mal, daß unzensurierte Diskussion und Meinungs austausch zwischen hochrangigen amerikanischen und sowjetischen Vertretern vor einer großen

sowjetischen Zuhörerschaft stattfand. Nach Angaben des Teilnehmers John Wallach, früherer Chefredakteur für Auslandsnachrichten bei der Zeitungsgruppe Hearst, erhielten zum ersten Mal amerikanische Vertreter "gleich viel Zeit im sowjetischen Fernsehen, auch wenn die Berichterstattung nicht ganz so objektiv war, wie einige unter den Amerikanern es sich gewünscht hätten." Leider muß aber auch daran erinnert werden, daß Chatauqua in einer Atmosphäre ausgeklügelter Polizeimaßnahmen vor und nach dem Treffen stattfand, um unerwünschte Kontakte zwischen amerikanischen Teilnehmern und gewöhnlichen Bürgern zu reduzieren. Nach Berichten war dies Teil einer ausgefeilten List nach dem Muster der Potemkinschen Dörfer, um die Amerikaner zu täuschen.

In Osteuropa gibt es positive wie negative Erfahrungen. Schon andere Delegationen stellten fest, daß die Verweigerung von Einreisevisen, Verweigerung oder Verzögerung von Akkreditierung in vielen der Länder des Ostens nur allzu oft vorkommen. Auch hier findet sich die gleiche restriktive Haltung bei Erstellung und Vermittlung von Information. Die sowjetische wie auch die rumänische Regierung haben sogar Gesetze verabschiedet, die dem Zweck dienen, den Zugang von Ausländern zu inoffiziellen privaten Quellen im eigenem Land noch weiter einzuschränken, während Bulgarien, die Tschechoslowakei und die DDR nur mit den bestehenden Praktiken der Behinderung solcher Kontakte fortfahren.

Die DDR gewährt ausländischen Journalisten korrekte Behandlung. Allerdings wird deren Möglichkeit, über Ereignisse zu berichten, durch nicht immer angewandte - Gesetze eingeschränkt, die dazu dienen, freies Umherreisen ohne vorherige Genehmi-

gung, Termine ohne offizielle Erlaubnis oder den Empfang gedruckter Informationen einzugrenzen.

Die Arbeitsbedingungen für Journalisten in der Tschechoslowakei sind nicht so gefährlich wie andernorts, aber der Zugang zu offiziellen Stellen und zu Informationen, die des Berichtens wert sind, ist scharf begrenzt. Noch immer ist es für ausländische Journalisten schwierig, persönliche Kontakte und Kommunikation mit ihren Quellen herzustellen und aufrechtzuerhalten. In den Jahren nach Madrid wurde zwar kein amerikanischer Journalist ausgewiesen, aber ein VOA-Korrespondent wurde während des Begräbnisses von Nobelpreisträger Jaroslav Seifert im Januar 1986 zwei Stunden lang festgehalten und der Film eines weiteren Korrespondenten beschlagnahmt. Heute schließt sich jedoch meine Delegation den anderen an und begrüßt die gestrige Erklärung des verehrten Vertreters der Tschechoslowakei, daß von Januar an ein Jahr lang gültige Visa für Journalisten gewährt werden.

Die Arbeitsbedingungen für Korrespondenten in Bulgarien sind noch immer unzureichend und Journalisten werden auch weiterhin eingeschüchtert. Dennoch wurde ein VOA-Korrespondent akkreditiert, auch wenn er nicht ständig im Lande leben wird. Theoretisch sind alle Landesteile für Journalisten zugänglich, auch wenn dem in der Praxis nicht so ist. Es wurden jedoch Journalisten, die Informationen zu veröffentlichen suchten, die der Regierung unangenehm waren, verhaftet oder ihr Visum aufgehoben. Die Verweigerung eines Visums ist nicht selten in Fällen, in denen die Berichterstattung eines Journalisten als peinlich angesehen wird. Erst vergangenen Freitag wurde einem amerikanischen Journalisten, Thomas

Goltz von Readers Digest, ein Visum für Bulgarien verwehrt. Goltz schreibt einen Artikel über die türkische Minderheit. Man erklärte ihm, bis zum nächsten Jahr dürfe kein ausländischer Journalist ins Land kommen. Gleichzeitig begrüßen wir aber einige kleine Schritte, die Bulgarien ergriffen hat - wie etwa die jüngste Veröffentlichung von unredigierten Erklärungen Präsident Reagans und anderer amerikanischer Regierungsvertreter.

Westliche Journalisten beklagen sich immer wieder über bürokratische Frustration, Verschleierung und Falschdarstellung in Rumänien. Alle ankommenden ausländischen Journalisten werden routinemäßig mit einer Erklärung der nationalen Presseagentur Rumäniens, Agerpress, über die Notwendigkeit objektiverer Berichterstattung vertraut gemacht. Während die einen nur geringe Schwierigkeiten beim Erhalt ihres Einreisevisums haben, werden andere Journalisten aufgefordert, Exemplare früherer Berichte vorzulegen und müssen mitunter lange auf ihr Visum warten. 1985 erfuhr der Vertreter einer der größten amerikanischen Tageszeitungen von den rumänischen Behörden, er sei aufgrund "antirumänischer" Berichterstattung persona non grata. Positiv zu vermerken ist die Tatsache, daß Rumänien während des Besuchs von Außenminister Shultz im Dezember 1985 ein Heer von ausländischen Pressevertretern zuließ und bei einer schon lange geltenden Regel eine Ausnahme machte, indem sie einem Korrespondenten von Radio Freies Europa ein Visum ausstellte.

In Polen haben sich die Bedingungen für Journalisten seit den ersten Jahren nach der Ausrufung des Kriegsrechts, als westliche und vor allem amerikanische Journalisten bei ihrem Bemühen um Berichterstattung über die

öffentlichen Demonstrationen und andere Schritte der Opposition, in heftigen Pressekampagnen angegriffen, verhaftet und bedroht wurden, verbessert. Seit 1983, als UPI-Korrespondentin Ruth Gruber 23 Stunden lang in Einzelhaft gehalten wurde, gab es keine Ausweisung mehr. Amerikanische Journalisten berichten selten von Schwierigkeiten beim Zugang zu wichtigen Quellen und stellen Polen in dieser Hinsicht in der Liste der osteuropäischen Länder ganz oben. Allerdings hat die polnische Regierung sich wiederholt geweigert, dem Wiener VOA-Korrespondenten ein Visum auszustellen.

Amerikanische Journalisten kommen oft nach Ungarn und erhalten ohne Schwierigkeiten ein Visum. Ausländische Journalisten, die persönliche Kontakte und Kommunikation mit offiziellen und inoffiziellen Quellen aufbauen und aufrechterhalten wollen, haben selten Schwierigkeiten. Während des Budapester KSZE-Kulturforums von 1985 wurde über die Parallelkonferenz der Internationalen Helsinki-Föderation in großem Umfang in der westlichen Presse - einschließlich von VOA- und RFE-Korrespondenten - berichtet, ohne daß Eingriffe erfolgten, obwohl das Treffen nicht an einem öffentlichen Platz stattfinden durfte.

Insgesamt gesehen ist das Bild des Informationsaustauschs in der Sowjetunion und Osteuropa - im Vergleich zu den Praktiken im Westen oder gemessen an unseren Verpflichtungen aus der Schlußakte von Helsinki - noch immer nicht gerade leuchtend. Zensur ist weit verbreitet, Strafen sind noch immer hoch für jene Bürger, die unerlaubt Kontakte zu Ausländern aufnehmen oder Inoffizielles veröffentlichen. Nicht ohne Grund sprechen Journalisten bei ihren

Reisen davon, aus der UdSSR und aus Osteuropa "herauszukommen", während man von Frankreich, Italien oder einem anderen westeuropäischen Land einfach "kommt". Grund hierfür ist die Tatsache, daß die östlichen Gesellschaften grundsätzlich noch immer geschlossene Gesellschaften sind, während die westlichen Gesellschaften grundsätzlich offen sind. Verbesserungen, die es gegeben hat, sind meist zu selten, als daß man sie schon an und für sich als wichtige Neuigkeiten betrachten könnte. An diesem Tag und in dieser Zeit ist es sowohl bemerkenswert, als auch traurig, daß die Menschen in der einen Hälfte Europas eher Genaueres über das tägliche Leben und die Ereignisse in Asien, Afrika und Südamerika erfahren, als sie wissen können, was in der anderen Hälfte Europas nur ein paar Kilometer weiter östlich vorgeht.

\* \* \* \* \*





# AMERIKA DIENST

## Wissenschaft und Technik

42

10. Dezember 1986

### OZONSCHICHT - SCHUTZSCHILD FÜR DAS LEBEN

- USA dringen auf weltweite Vorsorgemaßnahmen -  
Emission schädlicher Stoffe soll verringert werden -

GENF/WASHINGTON - (AD) - "Eine baldige und konzertierte Aktion" auf internationaler Ebene, mit der einer weiteren Schädigung, d.h. Verdünnung der Ozonschicht in der Erdatmosphäre weltweit entgegengewirkt werden soll, forderte Botschafter Richard Benedick aus den Vereinigten Staaten. Auf der UN-Konferenz für Umweltprogramme (UNEP), die in Genf am 1. Dezember 1986 begann, schlug der amerikanische Chefedelegierte vor, die Verwendung bestimmter Substanzen, insbesondere von Fluorchlorkohlenwasserstoffen, baldmöglichst auf dem gegenwärtigen

Stand einzufrieren und künftig immer weiter zu vermindern. Längerfristig, in etwa 15 Jahren, sollten die Emissionen 95 Prozent unter denen von heute liegen. Die Chemikalien dürften dann nur noch dort verwendet werden, wo der Markt keine geeigneten Ersatzstoffe verfügbar machen könne.

Über eine "Rahmenkonvention" zum Schutz der Ozonschicht hatten sich 24 Länder, dazu die Europäische Gemeinschaft und zwei Sowjetrepubliken, bereits im März 1985 in Wien geeinigt. Auf der Dezember-Konferenz von UNEP

mit 40 Teilnehmerstaaten und einer für Februar 1987 vorgesehenen nächsten Tagung geht es darum, ein wirksameres Sicherheitssystem zu schaffen. Die Regierungen müßten "kluge Schritte unternehmen, um gegenwärtig und spätere Generationen" vor einer Schädigung der Ozonschicht samt den ökologischen Auswirkungen solcher Prozesse in der Stratosphäre zu schützen, sagte Benedick. Der von den USA vorgelegte Plan sei darauf abgestellt, Fortschritte zur Verringerung der Emission ozongefährdender Substanzen regelmäßig zu überprüfen. Das gelte ebenso für die Termine von Aktionsplänen und die Einbeziehung oder Herausnahme von Chemikalien aus der Liste der als schädlich angesehenen Stoffe.

Die Basis für entsprechende Entscheidungen sollten neue wissenschaftliche Erkenntnisse und wirtschaftliche Faktoren abgeben. Die Forschung über die Prozesse, die zu Ozonabbau führen, müsse auf jeden Fall weitergehen. Ein solches Vorgehen würde auch der industriellen Planung helfen, um die Kosten der allmählichen Umstellung auf andere Chemikalien auf einem Minimum zu halten und der Wirtschaft Zeit für die notwendige Anpassung einzuräumen.

Fluorchlorkohlenwasserstoffe (in den USA übliche Abkürzung: CFC) werden in ursächlichen Zusammenhang mit der immer deutlicher erkennbaren negativen Bilanz für die Menge der Ozonmoleküle gebracht, die in Höhen zwischen 10 und 50 km in der Stratosphäre angereichert sind. Diese Moleküle aus dreiatomigem Sauerstoff entstehen unter der Einwirkung der energiereichen Ultraviolettstrahlung von der Sonne, werden allerdings durch sie auch wieder aufgespalten. Aber weltweit gesehen steht der natürliche Prozeß des Auf- und Abbaues

von Ozon in der Stratosphäre im Gleichgewicht, auch wenn je nach Jahreszeit und geographischer Breite Unterschiede in der Ozondichte auftreten.

Die Erhaltung der Ozonschicht ist wichtig für alles Leben auf der Erde. Denn sie absorbiert normalerweise mehr als 99 Prozent der einfallenden UV-Strahlung und erfüllt so die Funktion eines Schutzschildes. Wird sie geschwächt, dringt mehr ultraviolettes Licht in die tieferen Luftschichten und zur Erdoberfläche vor. Das bedeutet zusätzliche gesundheitliche Gefahren - z.B. würde die Häufigkeit von Hautkrebs und grauem Star ansteigen. Das pflanzliche und tierische Leben würde beeinträchtigt. Die Folgen wären u.a. niedrigere Ernteerträge und geringere Ausbeuten beim Fischfang. Peter Usher, der dem Wissenschaftlerstab von UNEP angehört, berichtete auf einer Pressekonferenz in Genf, daß bei einem Rückgang der Ozondichte um nur ein Prozent mit einer verstärkten Durchlässigkeit für ultraviolette Strahlung um zwei Prozent zu rechnen sei. Und das wiederum könne sechs Prozent mehr Fälle von Hautkrebs bedeuten.

Anfang der siebziger Jahre hatten die beiden amerikanischen Wissenschaftler Rowland und Molina (Kalifornien) die Hypothese aufgestellt, daß für Ozonabbau neben atmosphärischen Spurengasen natürlicher Herkunft, etwa aus Vulkanausbrüchen, sowie verstärkter Sonnenaktivität auch Partikel von Abgasen hoch fliegender Flugzeuge und von Stickstoffdünger, ganz massiv aber die Fluorchlorkohlenwasserstoffe verantwortlich zu machen seien. Die Anwendung der letztgenannten Substanzen als Treibgas in Spühdosen, als Kühlmittel oder zur Produktion von Schaum- und Isolierstoffen hatte sich geradezu explo-

sionsartig ausgeweitet, da sie für den Menschen im direkten Umgang nicht giftig sind. Sie waren zu einem ganz wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden.

Über die Richtigkeit der Hypothese von Rowland und Molina wird noch immer gestritten, denn der wissenschaftliche Beweis ist schwer zu führen. Messungen der Ozondichte in den letzten zehn Jahren - um den gesamten Erdball mittels Satelliten, lokal und regional mittels Sonden - machen jedoch eine Verdünnung deutlich. Ein besonders krasses Beispiel ist das "Ozonloch" über der Antarktis. Es tritt von Mitte September bis Mitte Oktober auf, wenn für die Südhalbkugel der Frühling beginnt. Von Satelliten seit 1978 regelmäßig beobachtet, ist es bis 1985 jedes Jahr größer geworden. Im August 1986 wurde unter der Leitung von Dr. Susan Solomon (Boulder, Colorado) eine Expedition amerikanischer Wissenschaftler in die Antarktis entsandt, um von verschiedenen Bodenstationen aus Messungen vorzunehmen. Erste Ergebnisse, Ende Oktober übermittelt, besagen, daß sich dieses Mal die Ozonkonzentration in einem Bereich, der fast der Größe Nordamerikas entspricht, sogar um ca. 40 Prozent verringert habe. Und dies innerhalb von nur 20 bis 30 Tagen, vor allem in Höhen zwischen 11 500 und 20 000 Metern.

Einen weiteren, jedoch nur ein Drittel so großen Bereich verdünnten Ozons, glaubt der NASA-Wissenschaftler Don Heath in der Arktis über Spitzbergen ausgemacht zu haben. Seinen seit sechs Jahren vorgenommenen Messungen zufolge nimmt dort die Ozondichte jährlich um 1,5 Prozent ab. Das entspreche, so Heath, dem Abbaumodell, wie es für CFC-Verbindungen erstellt wurde. Immer mehr neigen Forscher zu der Ansicht, daß eine Vielfalt von Faktoren zusammen-

wirken - in erster Linie äußerst komplexe und auch ungewöhnliche chemische Reaktionen von Gasen in der hohen Atmosphäre, dazu Sonnenaktivität, Luftströmungen, Aufblähen und Schrumpfen der Lufthülle, großräumige Verfrachtung von Luftmassen. Mit Modellen wird versucht, die inzwischen bekannt gewordenen Phänomene zu erklären. Zu diesen zählt auch das Schrumpfen der schützenden Ozonschicht in den Wintermonaten über den dichtbesiedelten Gebieten der Nordhalbkugel, was Forscher der ETH Zürich in langjährigen Untersuchungen herausfanden. Auch die tatsächlichen Auswirkungen der wachsenden Mengen von Fremdstoffen auf die Ozonschicht, die durch menschliche Aktivitäten in die Atmosphäre eingebracht werden, hofft man so besser untersuchen zu können.

Seit kurzem wird vermutet, daß nicht nur Fluor und Chlor aus CFC-Chemikalien wie Freon 11 und 12 oder CFC-113, sondern auch Bromverbindungen aus Feuerlöschschaum am Ozonabbau beteiligt sind - und dies in noch viel stärkerem Ausmaß als bei den erstgenannten Stoffen. Chemikalien mit Elementen aus der Gruppe der sog. Halogene und gewisse andere Substanzen bereiten, wie kürzlich der stellvertretende Administrator der US-Umweltschutzbehörde EPA, Bill Long, in einem Interview mit USIA (US-Informationsamt), erklärte, wegen ihrer Langlebigkeit große Sorgen. Sind sie erst einmal in die höhere Atmosphäre vorgedrungen, könnten manche von ihnen bis zu 150 Jahre an der Zerstörung des Ozons mitwirken, bis sie schließlich anderweitig gebunden werden.

#### Vorsorge, die jeden angeht

Ungeachtet aller noch vorhandenen

Unsicherheiten hinsichtlich der Wirkungsweise von CFC-Verbindungen sei jedoch Vorsorge ein ganz dringendes Gebot, so Long. Deshalb wurde in den Vereinigten Staaten die Verwendung von CFC-haltigen Treibgasen bei nicht lebensnotwendigen Aerosolen schon 1978 verboten. Kanada und die skandinavischen Länder folgten dem amerikanischen Beispiel. Die Europäische Gemeinschaft dagegen befürwortete 1985 nur die Einführung einer allgemeinen Höchstgrenze. Diese ist noch nicht erreicht und erlaubt ein weiteres Produktions- bzw. Emissionswachstum um 50 Prozent. Wieder andere Vorstellungen äußerten die Japaner. (Derzeit gelangen jährlich ca. 700 000 Tonnen CFC-haltiger Stoffe in die Atmosphäre.) In Kreisen der amerikanischen Industrie sei man, wie Long erwähnte, der Ansicht, daß die Emissionen weltweit gesehen um 50 Prozent gesenkt würden, wenn sich auch die europäischen Länder und Japan bereit fänden, Fluorchlorkohlenwasserstoffe in Aerosolen durch andere Stoffe zu ersetzen. Die Bereitschaft zur Kooperation sei, so Long, heute unter den Teilnehmerländern jedenfalls wesentlich größer als vor eineinhalb Jahren. Man könne darauf hoffen, daß ein weiterer sinnvoller Schritt in Richtung auf ein ökologisches Sicherheitssystem getan werde.

Für die Vereinigten Staaten ist jetzt das wichtigste Ziel die weltweite Eindämmung des Wachstums chemischer Emissionen, obgleich es noch keine endgültige Antwort auf die Frage gibt, ob das "atmosphärische System" solche Emissionen verkraften kann oder nicht. "Wir möchten Alternativen entwickelt sehen", sagte EPA-Chef Lee Thomas in Genf, "und für eine Ausschaltung solcher Chemikalien sorgen, die die Ozonschicht unbrauchbar machen könnten". Der Prozeß der Entwicklung von Alternativen für CFC-

Verbindungen sei in den USA seit geraumer Zeit in Gang. In drei bis fünf Jahren sei zumindest ein neuer chemischer Stoff auf dem Markt verfügbar, vielleicht könnten auch bereits zwei Ersatzstoffe angeboten werden.

Long unterstrich, daß es für alle Volkswirtschaften schwierig sei, die CFC-Verbindungen - mit Ausnahme ganz weniger unverzichtbarer Stoffe - allmählich aus dem Markt zu nehmen. Auch werfe das UNEP-Vorhaben Handelsprobleme zwischen Teilnehmerländern und solchen Staaten auf, die sich UNEP noch nicht angeschlossen haben. Auch hier müßten Wege zur Lösung gefunden werden. Die amerikanische Industrie unterstütze die Bemühungen der amerikanischen Regierung um internationale Vorsorgemaßnahmen zum Schutz der Ozonschicht - trotz der noch bestehenden Ungewißheiten seitens der Forschung. (Übrigens nahm auch eine Gruppe von Wissenschaftlern aus Industrielaboratorien an der jüngsten Antarktisexpedition teil.) Sie sei bereit, mit aller Energie an Ersatzstoffen zu arbeiten. Industriegiganten wie Du Pont und die "Chlorofluorocarbon Alliance", eine große Gruppe von Produzenten und Anwendern, hätten bereits Schritte zur Begrenzung des ständigen Wachstums von CFC-Emissionen zugestimmt, hielten aber die Forderung, Produktion und Anwendung solcher Stoffe nach und nach ganz einzustellen, für verfrüht. Jedenfalls wolle und dürfe die Industrie angesichts ihrer eigenen Anstrengungen nicht allein gelassen werden. Sie müsse der Kooperationsbereitschaft der anderen Länder, auch im Hinblick auf den Erlaß von Einschränkungmaßnahmen, sicher sein.

+ + + + +